



Rechtspopulismus in Europa

Vergängliches Phänomen oder auf dem Weg
zum politischen Mainstream?

WERNER T. BAUER

Juni 2010

- Während früher der Erfolg rechtspopulistischer Bewegungen räumlich und zeitlich begrenzt erschien, hat der Rechtspopulismus heute in Europa eine neue Qualität erreicht. Sind wir auf dem Weg zu einem »populistischen Mainstream« in Europa und vor welcher Herausforderung stehen damit unsere liberalen Demokratien?
- Werner T. Bauer geht in der vorliegenden Expertise dieser Frage nach, nimmt Begriffsklärungen vor, analysiert strukturelle sowie programmatische Gemeinsamkeiten und Unterschiede rechtspopulistischer Parteien in Europa und stellt grundlegende Überlegungen zum strategischen gesellschaftspolitischen Umgang mit diesen an.
- Rechtspopulistische Parteien sind ihrem Wesen nach negatorisch und oppositionell. Daher werden sie bei der Einbindung in Macht und Verantwortung regelmäßig und rasch entzaubert. Doch was bleibt, ist das vergiftete gesellschaftliche Klima, sind die Tabubrüche, die von immer neuen Akteuren immer noch weiter ausgedehnt werden können. Der einmal angerichtete Schaden, eine Rechtsverschiebung des politischen Spektrums, ist nicht so einfach reparabel.
- Der osteuropäische Populismus stellt ein eigenständiges Phänomen dar. Der neue osteuropäische Populismus, der im Zuge der dramatischen sozioökonomischen Transformationsprozesse entstand, verbindet paradoxerweise nationalistische und rechtsautoritär-antielitäre Einstellungen mit einer »links« orientierten Wirtschafts- und Sozialpolitik, die nicht selten mit einer Nostalgie der kommunistischen Sozialordnung verbunden ist. Er drückt eine grundsätzliche Enttäuschung über die unerfüllten Versprechen des demokratischen Systems und ein Misstrauen gegen die neue Elite aus.



Inhalt

Vorwort: Rechtsruck in Europa	3
Von Axel Schäfer	
Einleitung	4
Begriffsbestimmung: Ideologie oder bloßes Stilmittel?	4
Wie »rechts« sind die Rechtspopulisten?	5
Inhaltliche und strukturelle Gemeinsamkeiten und Unterschiede des Rechtspopulismus in Europa	6
Vom Scheitern der Rechtspopulisten	14
Populismus als Mainstream	15
Literatur	18



Axel Schäfer*

Vorwort: Rechtsruck in Europa

Die politischen Koordinaten in Europa verschieben sich deutlich nach rechts. In der Europäischen Union haben es in den letzten zehn Jahren immer mehr rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien geschafft, in Parlamente gewählt und zunehmend sogar an der Regierung beteiligt zu werden:

- In Dänemark ist seit 2001 eine christdemokratische Minderheit mit Unterstützung der ausländerfeindlichen Kirkegaard-Partei an der Macht.
- In den Niederlanden hatten Christdemokraten erstmals Rechtspopulisten in die Regierung geholt, ebenso wie
- in Österreich, wo die konservative Volkspartei von 1999–2006 mit der Haider-FPÖ eine Koalition bildete.
- In Tschechien half Staatspräsident Vaclav Klaus (ehemals EVP) bei der Spaltung der konservativen Regierungspartei, zugunsten einer neuen rechtspopulistischen Partei.
- In Italien regiert zum wiederholten Male Silvio Berlusconi gemeinsam mit den ehemaligen Neofaschisten und einer separatistischen Partei.

Und das ist noch nicht alles:

Besonders dramatisch sind die jüngsten Entwicklungen in Ungarn, wo die christdemokratische/konservative Partei Fidesz (»Bund der Jungdemokraten«) des früheren Ministerpräsidenten Viktor Orban zwei Drittel der Sitze errang und die rechtsextreme Jobbik-Partei ins Parlament einzog.

Zumindest in diesen genannten Parteien, allesamt der christdemokratischen EVP-Familie zugehörig, fand eine Aufweichung demokratischer Prinzipien nach rechts statt, indem sie mit rechtspopulistischen und nationalistischen Parteien zusammenarbeiteten. In Einzelfällen ist die Grenze zwischen Konservativen und Rechtspopulisten bereits verwischt.

Dieser »Ruck nach rechts« hat sich in Europa langsam und scheinbar unauffällig vollzogen, viel zu viele haben diese Entwicklung nicht wahrgenommen und sind sich des Ernstes der Lage nicht bewusst. In der Öffentlichkeit wird das Thema Rechtspopulismus und Rechtsextremis-

mus nur vereinzelt diskutiert, in Brüssel ist es nicht unter den Topthemen der Tagesordnungen zu finden.

Und hier wird es besonders interessant: Warum findet keine Aufarbeitung dieses Themas in der EVP-Fraktion statt, deren Parteien in vielen europäischen Regierungen, wie auch in Deutschland, an der Spitze stehen? Man könnte doch erwarten, dass sie sich von den Parteien, die mit Rechtspopulisten gemeinsame Sache machen, klar distanzieren oder sich aufgrund der gegenwärtigen Entwicklung zumindest besorgt zeigen. Aber es passiert nichts, die EVP schweigt. Ein solches Schweigen muss man dann – nolens volens – als Zeichen der stillen Zustimmung auffassen. Ein dringend nötiger europäischer »ordon sanitaire« bleibt zu vermissen.

Diese Entwicklung ist erschreckend und gefährlich zugleich. Einmal in die Parlamente der EU-Mitgliedstaaten eingezogen, werden die rechts von der politischen Mitte angesiedelten Parteien nicht automatisch wieder von der Bildfläche verschwinden. Das zeigt die Erfahrung in allen oben genannten Ländern.

Die Demagogie rechter Parteien beispielsweise zu den Themen Arbeitslosigkeit und Integration ist insbesondere in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise eine große Gefahr für die Menschenrechte und Demokratien in Europa. Die Mobilisierung der Dummheit steht immer für rechts – Bildung und Humanität immer für links. Genau darum geht es: Wir müssen reale Probleme lösen und rechte Ideologien bekämpfen.

Für Deutschland heißt das: Die Vielfalt in unserem Land wertschätzend gestalten und dem Rechtsextremismus und populistischen Parolen unser Engagement für Demokratie entgegensetzen. Dazu braucht es ein klares und nachhaltiges Eintreten für den Kampf gegen Rechtsextremismus auf vielfältigen Wegen, von der Verstetigung und Fortentwicklung der Bundesprogramme bis hin zu einem NPD-Verbotsverfahren. Für Europa heißt das: Die Gefahr des Rechtspopulismus und Rechtsextremismus für Europas Demokratien Ernst nehmen, gesellschaftspolitische Antworten auf Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus finden, marktradikale Politiken verhindern und von der EVP eine klare Abgrenzung nach rechts einfordern.

Diese Expertise leistet einen wichtigen Beitrag im Sinne von voneinander lernen, miteinander arbeiten und gemeinsam handeln.

* Axel Schäfer ist Mitglied des Deutschen Bundestages und europapolitischer Sprecher der SPD-Fraktion sowie Vorsitzender der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen.

Einleitung

Zieht derzeit ein »populistischer Zeitgeist« (Mudde 2004) in Europa ein? Die zahlreichen Erfolge rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien bei nationalen Wahlen sowie deren Erfolge bei der Europawahl 2009 lösten bei vielen Bürgern Befürchtungen und Sorgen aus. Doch handelt es sich dabei um nationale Phänomene, die bedingt durch Krisen- und Umbruchszeiten auftreten? Oder stellt das Erstarken der Rechtspopulisten einen gefährlichen Umbruch für das politische System in Europa dar?

Die vorliegende Publikation befasst sich mit dem Rechtspopulismus in Europa, seinen Grundlagen und Ausprägungen, gemeinsamen Merkmalen und unterschiedlichen Spielarten. Nach einer Begriffsbestimmung beschäftigt sich die Expertise mit der Frage, ob es sich nur um ein Stilmittel oder um eine »populistische Ideologie« handelt, und wie »rechts« die Rechtspopulisten sind. Anschließend werden programmatische wie strukturelle Gemeinsamkeiten, wie sein »Bewegungscharakter«, populistische Tabubrüche als Methode sowie die mediale Inszenierung, typische Wählerschichten und die Verwendung neuer und alter Feindbilder analysiert. Der Autor nennt aber auch nationale Unterschiede und beleuchtet den osteuropäischen Populismus als eigenständiges Phänomen. Zwar wird zudem auf das häufige Scheitern rechtspopulistischer Parteien eingegangen, die Gefahr des Rechtspopulismus für die Demokratien in Europa jedoch eingehend unterstrichen: Die Erfolge der Rechtspopulisten bedeuten eine schwere Erschütterung der Fundamente der liberalen und pluralistischen Demokratien in Europa, da Prinzipien, wie der Vorrang der Rechte des Individuums, die Gleichheit der Menschen als Grundlage des Rechtsstaates und die Delegation der Volkssouveränität durch das Mittel des allgemeinen Wahlrechts grundlegend in Frage gestellt werden.

Begriffsbestimmung: Ideologie oder bloßes Stilmittel?

Der Begriff des politischen »Populismus« geht auf die im Jahre 1892 gegründete amerikanische *Populist Party* zurück, die gegen die Vorherrschaft des Großkapitals, für eine Politik billiger Kredite, für die Gründung landwirtschaftlicher Verwertungsgenossenschaften und für die Einführung einer plebiszitären Demokratie eintrat und

bei den Farmern im mittleren Westen der USA großen Zuspruch fand.

Im frühen 20. Jahrhundert entstanden auch in Ostmitteleuropa populistische Bauernbewegungen, die vielfach eine starke ideologische Nähe zum aufkommenden Faschismus aufwiesen und deren Nachkommen bei der Wiederentstehung der Mehrparteiensysteme nach dem Zusammenbruch des osteuropäischen Kommunismus eine bedeutende Rolle spielen sollten.

In den 1930er-Jahren kamen in Lateinamerika verschiedene »urban-populistische« Diktatoren an die Macht, wie etwa *Getúlio Dornelles Vargas* (1883–1954), der »Vater der Armen« in Brasilien, oder *Juan Domingo Perón Sosa* (1895–1974) in Argentinien. Der Populismus lateinamerikanischer Prägung profilierte sich v. a. durch seine Forderung nach einer staatsprotektionistischen Umverteilungspolitik zugunsten der unteren und mittleren Einkommensschichten.

In Westeuropa wurde der Begriff des Populismus erst in den 1980er Jahren zu einer fixen politischen Kategorie, wobei er hier, im Gegensatz zu den USA, tendenziell stets negativ besetzt war.

Bezüglich der Frage, ob es einen gemeinsamen Nenner zwischen den verschiedenen »Populismen« oder sogar so etwas wie eine »populistische Ideologie« gibt, gehen die wissenschaftlichen Meinungen auseinander. Einerseits ist »Populismus« zu einem politischen Kampfbegriff geworden, andererseits wird der Begriff aufgrund seines vielschichtigen und oftmals diffusen Charakters selbst in der Politikwissenschaft unscharf verwendet und bleibt als eigenständiger Forschungsgegenstand umstritten (Rensmann 2006: 61).

Einige Autoren neigen dazu, im »Populismus« ein bloßes Stilmittel zu sehen und die Gemeinsamkeiten zwischen populistischen Parteien eher im formalen als im inhaltlichen Bereich zu suchen: *Aufgrund seines heterogenen, synkretistischen und theoretisch inkohärenten Charakters kann Populismus angemessener als politischer Stil und – präziser noch – als politisches »Syndrom« charakterisiert werden* (Reisigl 2005). Auch Florian Hartleb betont, dass sich viel Ballast in der Populismusdiskussion abwerfen ließe, *wenn dem Begriff keine politische Ideologie bzw. Programmatik unterlegt wird, er vielmehr zur Kennzeichnung einer bestimmten Politik-, Interaktions-*

und Kommunikationsform, das heißt eines bestimmten Politikstils, dient (Reinfeldt 2000:3).

Demgegenüber betont Frank Decker, dass die Form, indem sie auf bestimmte inhaltliche Auffassungen zurückverweist, selbst ideologische Qualität annehmen könne (Decker 2006: 11), der Populismus demzufolge eine »Ideologie ohne Weltanschauung« sei.

Die verschiedenen Populismen lassen sich auch nicht so ohne weiteres auf der traditionellen politischen Links-Rechts-Skala verorten, allenfalls befinden sie sich mit ihren radikalen und kompromisslosen Lösungen außerhalb der traditionellen politischen Mitte (Nauenburg 2005: 6). Der Begriff »Populismus« bezieht sich auf einen Anspruch und auf eine Methode – und nicht auf einen bestimmten, traditionellen Kriterien wie »rechts« und »links« zuzuordnenden Inhalt (Pelinka 2002: 89). Ist Populismus also doch in erster Linie ein Stil, eine politische Agitationstechnik, die sich an ganz unterschiedliche Ideologien anbinden kann?

Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch sehr wohl so etwas wie ein gemeinsamer ideologischer Kern. Konstitutives Merkmal des Populismus ist die *Identitätspolitik*. Im Zentrum populistischer Ideologie steht »das Volk«, das als weitgehend homogene Einheit aufgefasst, mit moralisch aufgeladenen Chiffren besetzt (»der kleine Mann«, »die Fleißigen und Tüchtigen«, »die schweigende Mehrheit« etc.) und von der »machtgierigen«, »abgehobenen«, »korrupten« Elite, dem Establishment, der »politischen Klasse« abgegrenzt wird.

Die populistische Ideologie basiert zunächst also auf der vertikalen Dichotomie Volk-Elite (»wir da unten, ihr da oben«). Parallel dazu erfolgt auf horizontaler Ebene die Abgrenzung von »den Anderen«, »den Fremden«. Spätestens hier, durch seine negatorische, fremden- und pluralismusfeindliche – nicht selten auch rassistische – Identitätsbildung steht der Populismus sehr weit »rechts« – im Gegensatz zur universalistischen Ideologie und dem sozialen Gleichheitsverständnis der traditionellen Linken (Pelinka 2005: 65).

Wie »rechts« sind die Rechtspopulisten?

Die meisten populistischen Parteien in Europa zählen zum Typus des kulturalistischen Rechtspopulismus. Sowohl inhaltlich als auch personell sind die Übergänge zum Rechtsextremismus fließend. Wo verläuft also die Grenze zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus?

Unter »Rechtsextremismus« verstehen wir die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von einer rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsangebot der Menschenrechts-Deklarationen ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertepluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen. Unter »Rechtsextremismus« verstehen wir insbesondere Zielsetzungen, die den Individualismus aufheben wollen zugunsten einer völkischen, kollektivistischen, ethnisch homogenen Gemeinschaft in einem starken Nationalstaat und in Verbindung damit den Multikulturalismus ablehnen und entschieden bekämpfen. Soweit der Politikwissenschaftler und Rechtsextremismusexperte Hans-Gerd Jaschke (Jaschke 2001: 30).

Einige der hier aufgeführten Elemente lassen sich auch in vielen rechtspopulistischen Bewegungen nachweisen. Autoritarismus und Führerkult, Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit – bis hin zum Rassismus und Antisemitismus, neuerdings v. a. aber als Antisemitismus auftretend –, Antiamerikanismus (unter der Chiffre »Ostküste« mit deutlich antisemitischer Konnotation) und Kapitalismuskritik² –, ausgeprägtes Freund-Feind-Denken und die klare Tendenz zur Ausgrenzung von Minderheiten, aber auch Geschichtsrevisionsismus und die Relativierung des Nationalsozialismus finden sich in weiten Teilen des rechtspopulistischen Lagers.

Allerdings ist das Weltbild der Rechtspopulisten meist weniger geschlossen, bleibt ihre Ideologie flexibler und anpassungsfähiger, als jene der extremen Rechten, die

2. Wobei nicht die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung als solche in Frage gestellt, sondern nur ein gewisser staatlicher Protektionismus in Hinblick auf Mittelständler, Landwirte etc. gefordert wird.

ihre Anhänger nicht nur verführen, sondern auch bekehren wollen. Die Rechtspopulisten streben keine radikale Umwälzung der Werteordnung und keine revolutionären Veränderungen der Gesellschaft an (Backes 1991: 14) und bleiben deshalb innerhalb – wenn auch oft am äußersten Rande – des demokratischen Spektrums, obwohl es in vielen rechtspopulistischen Parteien eine ständige Neigung und einen fließenden Übergang zum Rechtsextremismus gibt.

Das Verhältnis von Rechtspopulismus und Rechtsextremismus muss deshalb von Fall zu Fall untersucht werden. Einige rechtspopulistische Bewegungen besitzen keinerlei historische oder ideologische Verbindungen zu den Faschismen der Zwischenkriegszeit; sie sind deklarierte Anhänger eines »Minimalstaates«, offen fremdenfeindlich, lehnen aber Rassismus und Antisemitismus ebenso ab wie eine Zusammenarbeit mit rechtsextremen Gruppierungen. Die *Liste Pim Fortuyn* etwa war (rechts)populistisch, aber nicht extremistisch. Der belgische *Vlaams Belang* und der französische *Front National* hingegen sind populistisch, rechtsextremistisch und systemfeindlich.

Vielen eindeutig rechtsextremistischen Formationen wiederum fehlen zentrale Merkmale und Strukturen des Populismus. Am Beispiel der deutschen NPD, die sich z. B. im sächsischen Landtagswahlkampf 2004 den Sozialpopulismus in Form des Protests gegen die Arbeitsmarktreformen (Agenda 2010, Hartz I bis IV) erfolgreich zunutze gemacht hat, zeigt sich jedoch, dass mitunter auch rechtsextremistische Parteien zu populistischen Strategien greifen (Hartleb 2005; Decker 2006).

Inhaltliche und strukturelle Gemeinsamkeiten und Unterschiede des Rechtspopulismus in Europa

Die Bandbreite des rechtspopulistischen Spektrums reicht von eindeutig extremistischen, »altrechten« Parteien wie der französischen *Front National* oder der deutschen NPD über regional-separatistische (*Vlaams Belang*, *Lega Nord*) und »gemäßigt« rechtspopulistische Parteien (schweizerische SVP, österreichische FPÖ, *Dänische Volkspartei* und skandinavische »Fortschrittsparteien«) zu ultrakatholischen (»Liga Polnischer Familien«), postfaschistischen (ehemalige *Alleanza Nazionale*), post-modernen und radikal-libertären (*Fortuyn*) bis hin zum gemäßigteren

»Unternehmerpopulismus« eines *Silvio Berlusconi* (Fieschi/Heywood 2004). Die meisten dieser Unterschiede und Besonderheiten sind historisch bedingt und im jeweiligen nationalen Kontext zu sehen; dennoch weisen die rechtspopulistischen Bewegungen viele gemeinsame Merkmale auf, die sie zu einer – wenn auch häufig zerstrittenen – »politischen Parteienfamilie« machen (Jungwirth 2002: 13).

Der charismatische Führer und seine »Bewegung«

Hauptmerkmale populistischer Parteien sind ihr »Bewegungscharakter« (Anti-Parteien-Parteien) und die herausgehobene Position eines charismatischen und autoritären »Führers«, meist der Gründer der Bewegung und in der Regel ein Renegat einer etablierten Partei. Beides, die totale Fixierung auf den Führer – *Der Rechtspopulismus steht und fällt mit dem Guru* (ebd.) – und die fehlenden Parteistrukturen, erweist sich in Krisensituationen übrigens als äußerst fragil.

Dieser starken Personalisierung steht auf der anderen Seite eine Tendenz zum klassenübergreifenden Kollektivismus gegenüber. Die Populisten postulieren einen gemeinsamen Volkswillen und eine weitgehende kulturelle Homogenität des Volkes, die alle Klassegegensätze überlagert und Sekundärtugenden wie »Anständigkeit« oder »Fleiß« zur ideologischen Grundlage für soziale Differenzierung erhebt. Nachdem »Demokratie« aber ein System zur friedlichen gesellschaftlichen Konfliktaustragung darstellt, ist die Utopie einer weitgehend konfliktfreien, kulturell und ethnisch homogenen Gesellschaft per se antidemokratisch (Rosenberger 2005).

Kern eines jeden Populismus ist ein generalisierter Repräsentationsanspruch (Reisigl 2005: 57). Der Führer geriert sich als Anwalt der unterdrückten Interessen einer behaupteten »schweigenden Mehrheit«. Er appelliert dabei an tatsächlich vorhandene Gefühle der Verdrossenheit, der Enttäuschung oder Angst und bietet seinen Wählern das Versprechen, ihre »tatsächlichen Interessen« gegenüber der »abgehobenen« Elite der Herrschenden (»die da oben«) zu vertreten und die Verkrustungen des politischen Tagesgeschäftes »aufzubrechen«.

Tabubrüche als Methode

Der charismatische Führer, der als Sprachrohr und selbst-ernannter Anwalt der »kleinen Leute« agiert, bedient sich gerne einer betont volkstümlichen und kämpferischen Sprache. Der gezielte Tabubruch stellt dabei das wichtigste Stilmittel der Populisten dar, weil er die eigene Außenseiterrolle betont und zugleich zeigt: »der traut sich was«. Die »politische Korrektheit« und der damit verbundene »Meinungsterror« sind deshalb sein erklärter Feind. Indem der populistische Führer »kein Blatt vor den Mund nimmt«, erweist er sich als wahrer »Mann des Volkes«, der sich auszusprechen traut, was »die schweigende Mehrheit« bloß denkt (oder fühlt). Der Tenor dieser Botschaften ist zumeist antilietär, vielfach auch anti-intellektuell, antimodern und antiurban, ihr Stil griffig-parolenhaft, demagogisch, simplifizierend, provokativ, maßlos übertreibend und emotionalisierend. Auffallend sind die häufige Verwendung von Gewaltmetaphern und der gezielte Einsatz biologischer Vergleiche.

Scheinbar einfache und radikale Lösungen (statt »fauler Kompromisse«) treten an die Stelle einer Analyse der gesellschaftlichen Komplexität. Großer Beliebtheit erfreuen sich eingängige »Common-Sense-Argumente«: was im Kleinen gilt, kann im Großen nicht falsch sein! Das somit transportierte Gesellschaftsbild ist grob vereinfacht und undifferenziert, mit strikten Freund-Feind-Unterscheidungen, (neo)konservativen und antiwohlfahrtsstaatlichen Utopien und einer nur vordergründig basisdemokratischen Haltung – denn mit der Forderung nach verstärkter Nutzung plebiszitärer Teilnehmungsformen verfolgen die Populisten in erster Linie den Zweck, das Volk gegen die herrschende Elite zu mobilisieren. Auch wenn die Rechtspopulisten sich gerne als basisdemokratische »Bewegungen« geben – die innerparteiliche Demokratie ist meist gering und eher »akklamatorisch«.

Besonders bedenklich aber ist, dass die von den Rechtspopulisten verübten Tabubrüche häufig im Bereich der Grund- und Menschenrechte angesiedelt sind und dass ihr Modell einer homogenen und »wahren Demokratie« deutlich antipluralistische und damit auch antidemokratische Züge trägt (Rosenberger 2005: 46).

Mediale Inszenierung

Der Populismus lebt vom – häufig selbst inszenierten – »Skandal« und von der permanenten »Krise«. Wie klein diese real auch sein mögen, durch Schwarzmalerei – und mit Unterstützung der Boulevardmedien – lassen sie sich mit Sicherheit erheblich vergrößern (Decker 2004; Jaschke 2001; Nauenburg 2005).

Die modernen Massenmedien sind das Lebenselixier der Populisten, die sogar bei negativer Berichterstattung von der Schlagzeile und dem Coverfoto profitieren. In diesem Sinne sind die Rechtspopulisten ein Produkt des modernen Medienzeitalters und ihre Beziehung zu den Massenmedien ist eine durchaus besondere und symbiotische. Der Populist liefert die Skandale und die Medien machen ihn im Gegenzug bekannt, die Medien reduzieren die Unübersichtlichkeit politischer und gesellschaftlicher Vorgänge und der Populist bietet einfache Lösungen für komplexe Probleme an (Nauenburg 2005: 6).

Erleichtert wird dieses Wechselspiel durch die Tatsache, dass auch die Medien einem tiefgreifenden Strukturwandel unterliegen und besonders offen für die nach Aufmerksamkeit heischenden populistischen Inszenierungen sind. Die immer größere Bedeutung der Bildmedien (und der auf Infotainment basierenden »Yellow Press«) korrespondiert mit dem gerade bei Populisten vorherrschenden Trend zur Personalisierung und (Selbst-)Inszenierung (Frölich-Steffen/Rensmann 2005). *Als eine häufig ausschlaggebende Gelegenheitsstruktur für die Entfaltung und Nahrung populistischer Stimmungen in der Gesellschaft und den Erfolg populistischer Strategien repräsentativer politischer Akteure erweist sich jedoch zunehmend auch die durch die Logik der Massenmedien forcierte politische Kommunikationskultur der modernen Mediendemokratien* (Meyer 2006: 82). Die professionelle Selbstmediatisierung der Politik nach den Regeln theatraler Inszenierungslogik (Event-Politik, Image-Politik und symbolische Scheinpolitik) wird damit zu einer der Hauptaktivitäten des politischen Systems und seiner Akteure. Gleichzeitig – und folgerichtig – wird die Darstellung der Politik in den Medien trivialisiert und den Regeln der Unterhaltung unterworfen. Damit verschwindet das, was Politik in demokratischen Systemen ausmacht, die Debatten und Diskussionen, die Abwägungen und Kompromisse, die Erarbeitung von Programmen und ihre Umsetzung, aus dem öffentlichen Bild der Politik. Dass dabei nicht nur den populistischen Akteuren in die Hände ge-

arbeitet wird, sondern dass durch die ständige mediale Skandalisierung und Negativdarstellung der Einrichtungen und Akteure der repräsentativen Demokratie das politische Desinteresse, ja die dramatisch wachsende Politikverdrossenheit und -abstinenz verstärkt wird, stellt ein demokratiepolitisches Problem erster Ordnung dar (Rosenberger 2005: 42).

Neue Feindbilder – und der »ewige Jude«

Der Rechtspopulismus lebt von Feindbildern. Sie legitimieren seine dauerhaft erregte Empörung und sie schaffen ein festes Band zwischen dem charismatischen Führer und »dem Volk«.

Hauptfeind aller Rechtspopulisten ist das Establishment, die »politische Mafia« (*Vlaams Belang*), die »Viererbände« (*Le Pen*), die »nomenclatura« (*Bossi*), die »Altparteien« (*Haider*). Ihnen wirft der Populist Machtbesessenheit, Cliqueswirtschaft sowie die Komplizenschaft mit jenen Kräften vor, die den Interessen des Volkes entgegen handeln; sie hätten die Gesellschaft und den Staat usurpiert, einen Staat, der von korrupten Zentralisten regiert würde und der zum »Selbstbedienungsladen« (wahlweise auch zur »Hängematte«) für »Sozialschmarotzer« verkommen sei, und den der Führer nun im Namen des Volkes zurückfordere (Hartleb 2005: 12).

Ein weiterer Lieblingsfeind der Rechtspopulisten ist die Europäische Union und hier v. a. die Eurobürokratie. Zwar lehnen die meisten Rechtspopulisten den europäischen Einigungsprozess »nicht grundsätzlich« ab. Gemäß dem Slogan »Europa ja – EU nein« kritisieren sie in erster Linie das »Wie« und nicht das »Ob«. Sie bedienen die in weiten Teilen der Bevölkerung vorhandenen Stimmungen gegen ein Europa, welches auf Kosten der eigenen nationalen Identität von »Brüsseler Bürokraten« und ihrer »Regulierungswut« regiert wird. Dabei bieten tatsächlich vorhandene Missstände in Einzelfällen einen willkommenen Anknüpfungspunkt für eine völlig überzogene Kritik. Besonders verbreitet ist diese Haltung in den Ländern der sogenannten »Nettozahler«.

Eine Variante dieses Abwehrkampfes bildet die Gegnerschaft regionalistischer Bewegungen wie der *Lega Nord* oder des *Vlaams Belang* zur jeweiligen nationalen Politik, wobei auch hier wirtschaftliche Faktoren klar im Vordergrund stehen und solche Bewegungen vornehmlich in

wohlhabenderen Landesteilen entstehen (»Nettozahler« gegen »Subventionsempfänger«). Ein gutes Beispiel dafür ist Norditalien, wo es zwar keinerlei urwüchsige regionale Identität gab, wo es der *Lega Nord* aber gelang, in Abgrenzung zunächst zu den »Süditalieniern«, später auch zu den »Migranten«, eine fiktive »padanische Identität« herzustellen.

Neben der Parteien(staats)verdrossenheit spielt das Thema »Immigration« beim Erfolg der Rechtspopulisten die wahrscheinlich wichtigste Rolle. *Die Ablehnung der ethnischen Pluralisierung, die insbesondere an der Einwanderung festgemacht wird, ist der klassische Dreh- und Angelpunkt rechtsextremer Propaganda, ja ihr Begründungszusammenhang schlechthin* (Scharenberg 2006: 76). Seit den 1980er Jahren, als viele westeuropäische Staaten sich mit einem Ansturm von Flüchtlingen und Asylwerbern konfrontiert sahen, kam es zu einer europaweiten Zuspitzung des »Ausländerthemas« und zu einem signifikanten Anstieg der Fremdenfeindlichkeit, wobei mit der Zeit die Grenzen zwischen dringend benötigten Arbeitsmigranten und ihren Familienangehörigen, zwischen Asylbewerbern und »Illegalen«, zwischen »Wirtschaftsflüchtlingen« und politisch Verfolgten immer mehr erodierten (Decker 2004: 214ff). Verschärfend kam hinzu, dass, obwohl viele europäische Staaten traditionelle Einwanderungsgesellschaften sind, der Großteil der neuen Zuwanderer aus nicht-europäischen Kulturkreisen stammt und ihre kulturell-religiöse Anders- und Fremdartigkeit die ansässige Mehrheitsbevölkerung vor eine hohe Toleranzforderung stellt. Rechtspopulisten nutzen diese Stimmung und die mit der Zuwanderung zweifellos auftretenden – mehrheitlich allerdings sozialen und nicht kulturellen – Probleme, um daraus politisches Kleingeld zu schlagen. Dreh- und Angelpunkte fremdenfeindlicher Ausfälle waren und sind die angeblich ausufernde Ausländerkriminalität, das Ausnützen des Sozialstaates und die steigende (Inländer-)Arbeitslosigkeit. Albert Scharenberg spricht in diesem Zusammenhang sehr zutreffend von einer »Ethnisierung des Sozialen« (Scharenberg 2006: 77).

Hinter alledem lauert das Schreckgespenst der »multikulturellen Gesellschaft«, die Gefährdung der eigenen Identität, der Albtraum der »Fremdheit im eigenen Land« – und zuletzt die Horrorvision von der schleichenden »Islamisierung Europas«. Die öffentliche Präsenz des Islam und seiner Anhänger – die sich etwa in der Errichtung von Moscheen mit Minaretten (!) oder im Tragen traditi-

oneller Bekleidung manifestiert – ist den Rechtspopulisten ein besonderes Gräuel, wobei neuerdings das oftmals nur diffuse Fremdheitsgefühl und gewisse kulturell begründete Ressentiments und Vorurteile sehr geschickt benutzt werden, um auf die »Rückständigkeit des Islam« und seine Unterdrückung der Frauen zu verweisen, ganz so, als ob die Förderung von Frauenanliegen zu den Hauptaspekten der rechtspopulistischen Politik zählte (Betz 1996: 367f).

Ideologisch wird, im Gegensatz zum offen rassistischen Rechtsextremismus, dem Feindbild Multikulturalismus das Konzept des »Ethnopluralismus« entgegengesetzt – also »Österreich den Österreichern«, »die Türkei den Türken« etc. Der als Ethnodifferentialismus maskierte »neue Rassismus« zielt nicht mehr auf die unterschiedliche Wertigkeit der Rassen ab, sondern auf die Notwendigkeit, ihre Verschiedenheit zu respektieren und v. a. zu erhalten.

Rechtspopulistische Parteien können allerdings auch unabhängig von der real existierenden Einwanderungspolitik des jeweiligen Landes reüssieren. *Die rechtspopulistischen Parteien als reine Anti-Migrationsparteien aufzufassen, geht [daher] insofern fehl, als die Ressentiments im Prinzip auf beliebige Minderheiten angewandt werden können, solange eben diffuse Vorbehalte in der Bevölkerung vorhanden sind (...)* Die Ressentiments sind austauschbar, doch die Funktion ihrer Ansprache, die Abgrenzung gegenüber Minderheiten und die damit verbundene Bestärkung der eigenen Identität, ist universell (Spier 2006: 51). Tatsächlich gibt es keinen zwangsläufigen und messbaren Zusammenhang zwischen Xenophobie und der tatsächlichen Anwesenheit von Ausländern, d. h. in Analogie zum bekannten Phänomen des »Antisemitismus ohne Juden«, existiert das Phänomen des »Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit ohne Ausländer« (Scharenberg 2006: 105). Die schweizerische SVP etwa erreicht ihre besten Ergebnisse in überwiegend ländlichen Kantonen, die norwegische »Fortschrittspartei« in Kleinstädten ohne ausländische Bevölkerung und die FPÖ in Wiener Bezirken, die überwiegend von »echten Österreichern« bewohnt werden.

Wie im Rechtsextremismus verbinden sich auch im Rechtspopulismus fremdenfeindliche Einstellungen mit antisemitischen, wie zahlreiche Beispiele aus ganz Europa belegen. Freilich äußert sich der »neue Antisemitismus« selten so unverblümt und primitiv wie bei der bulgari-

schen *Ataka* oder der griechischen LAOS; meist reicht der beiläufige Verweis auf die »jüdische Herkunft« öffentlicher Personen, die süffisante Nennung »typisch jüdischer Namen« oder der verklausulierte Hinweis auf »die (amerikanische) Ostküste«. Zu den vielseitigen Facetten des Antisemitismus gehören auch bestimmte Kritiken am Staat Israel und seiner Politik gegenüber den Palästinensern oder Hinweise auf materielle Vorteile, die Holocaustopfer aus ihrer Opferrolle ziehen (z. B. in Zusammenhang mit Restitutionen).

Feindbilder – ob alte oder neue – bilden den Humus, auf dem der Rechtspopulismus prächtig gedeihen kann. Die Sündenbockfunktion ist dabei weder den Juden noch den Ausländern vorbehalten; es kann alle Arten von Minderheiten ebenso treffen wie »Intellektuelle« oder »entartete Künstler«, Frauenrechtlern ebenso wie missliebige Politiker. Ihnen allen wird die Verantwortung für gesellschaftliche oder ökonomische Missstände zugeschoben, sie werden der Kriminalität oder der Korruption bezichtigt – und indem reale oder eingebildete Ängste und Ärger auf sie abgelenkt werden können und an die Stelle rationaler Analysen zur Erklärung der negativen Folgen des sozialen Wandels einfache Schuldzuweisungen oder Verschwörungstheorien treten, erfüllen sie eine Entlastungsfunktion.

»Modernisierungsverlierer« und »Wohlstandschauvinisten«²

Obwohl die politischen Themen der Rechtspopulisten durchweg nationalspezifischer Natur sind, gibt es eine Reihe ständig wiederkehrender Muster: Ganz oben auf der Agenda der Rechtspopulisten steht die Verteidigung bzw. Rückeroberung von Lebens- und Wohlstandsniveaus der »Einheimischen« gegen die von außen (Migranten, Asylanten) kommenden Bedrohungen und die Bewahrung der ethnisch-kulturellen Identität. Die Rechtspopulisten betonen die Vorrechte der Einheimischen, fordern Rahmenbedingungen, die Ungleichheiten begünstigen und negieren dabei das demokratische und verfassungsgemäß verankerte Prinzip individueller und

3. Unter Wohlstandschauvinismus versteht man eine Haltung, die darauf zielt, den eigenen Wohlstand zu bewahren und ihn vor der ungerichteten Inanspruchnahme durch Dritte (z. B. »Ausländer«) zu schützen. Wohlstandschauvinistische Einstellungen sind besonders in Staaten vorzufinden, in denen ein ursprünglich hohes soziales Versorgungsniveau infolge der wirtschaftlichen und demographischen Entwicklungen unter Druck gerät.

sozialer Gleichheit, d. h., auch wenn sie die demokratische Ordnung insgesamt nicht in Frage stellen, propagieren sie grundlegende Veränderungen des von ihnen angeprangerten »Systems«, was sie tendenziell antidemokratisch macht (Jaschke 2001: 32f).

Besonderen Anklang finden die Botschaften der Rechtspopulisten demnach bei jenen Personen, die von den Folgen der ökonomischen, kulturellen und politischen Globalisierung negativ betroffen sind. *In den Reihen dieser »Modernisierungsverlierer« finden sich politische Unzufriedenheit, Statusängste, materielle Not sowie Orientierungs- und Identitätslosigkeit* (Spier 2006: 50). Diese überaus heterogene Gruppe von Menschen, der es an Organisationsfähigkeit mangelt, um ihre Anliegen auch tatsächlich politisch vertreten zu können, bilden das wichtigste Wählerreservoir der rechtspopulistischen Parteien – v. a. jüngere männliche Industriearbeiter mit geringer Qualifikation, die durch internationale Konkurrenz permanent von Arbeitslosigkeit bedroht sind, aber auch die Vertreter des traditionellen kleinen Mittelstandes (Ladenbesitzer, Handwerker etc.), die sich ebenfalls in ihrer Existenz gefährdet sehen.

Rechtspopulisten profitieren allerdings auch vom Wohlfahrtschauvinismus jener Gruppen und Personen, die von »subjektiver Deprivation« betroffen sind, von den »verunsicherten Materialisten«, deren Misere weniger eine tatsächliche, sondern eine v. a. subjektiv empfundene, von Verlust- und Abstiegsängsten begleitete ist (Decker 2004; Jungwirth 2002) und die in einem latenten Zustand der Enttäuschung und Unzufriedenheit mit den eigenen Lebensverhältnissen verharren. Überhaupt stellt der »Wohlfahrtschauvinismus« eine der Haupteigenschaften des rechten Populismus dar – auch wenn er zu meist jeder rationalen Grundlage entbehrt.

Im politischen Alltagsgeschäft der Rechtspopulisten führt dies nicht selten zu Konflikten zwischen neoliberalen und sozialpopulistischen Positionen. Der im Kern individualistische Populismus, der sich gerne gegen staatliche Bevormundung und »Zwangssolidarität« wendet, fordert gleichzeitig, dass der Staat »die kleinen Leute« gegen Übergriffe von außen schützen soll. Im extremsten Fall verbindet sich dabei wirtschaftlicher Neoliberalismus mit »selektivem Protektionismus« (für Kleinunternehmer, Bauern etc.). Am erfolgreichsten sind deshalb jene Populisten, denen es gelingt, sich als Anwälte der »Moderni-

sierungsverlierer« und als Agenten eines überfälligen Modernisierungskurses zu präsentieren (Betz 1996: 372).

Der Sozialprotektionismus der Rechtspopulisten geht mit einem tiefgreifenden Wandel seiner Wählerschaft einher. Der europäische Rechtspopulismus ist heute zu einem wesentlichen Teil ein proletarisches Phänomen und sein Aufstieg geht v. a. auf Kosten der traditionellen Linksparteien (Pelinka 2005: 94). Rechtspopulismus (und Rechtsextremismus) haben mittlerweile die großen Städte und damit auch die traditionell linken Stammwählergruppen erreicht, wo rechtsextremistisches Wahlverhalten sozialen Protest darstellt, der auf die hässliche Seite des Individualisierungsprozesses verweist, auf die soziale, psychologische und ideologische Heimatlosigkeit der unteren Schichten, deren »moderne« Lebenszusammenhänge – Arbeitslosigkeit, hoher Ausländeranteil, Kriminalität, Zerfall der inner-städtischen Infrastrukturen – geradezu als Schubkräfte des Rechtsextremismus wirken (Jaschke 2001: 103). Eine besonders besorgniserregende »neue Qualität des Rechtsextremismus« besteht v. a. in der Verjüngung seiner Wählerschichten.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass bei der Wählerschaft rechtspopulistischer (und rechtsextremer) Parteien zwei Gruppen im Vordergrund stehen: die kleinbürgerlichen Mittelschichten einerseits und die nicht länger von den traditionellen Linksparteien repräsentierten unteren sozialen Schichten, und hier v. a. der jüngere männliche Teil (Scharenberg 2006: 104). Rechtspopulistische Parteien sind meist Männerparteien und weisen zu meist eine jüngere Wählerschaft auf – v. a. wenn sie radikal fremdenfeindlich sind (Betz 1994: 97ff). Nicht nur da, wo es sich um bereits länger bestehende Parteien handelt (z. B. FPÖ, SVP), lässt sich ein signifikanter Wandel in der Wählerschaft von ursprünglich überwiegend (kleinbürgerlichen) Mittelschichten zu unteren sozialen Schichten konstatieren. Auch die *Front National* und die *Lega Nord* haben sich anfangs an eine eher konservative und traditionalistische Wählerschaft gewandt und erst mit der Zeit begonnen, sich verstärkt auf eine urbane, aus dem Arbeiter- und Angestelltenmilieu stammende sozialdemokratische (und kommunistische) Wählerschaft zu konzentrieren. Dieser Prozess lässt sich ebenso gut beim belgischen *Vlaams Belang* und auch in Skandinavien beobachten, wo die sogenannten »Fortschrittsparteien« aus dem Vertrauensverlust vieler Bürger in die Sozialdemokratie elektorales Kapital schlagen konnten (Falkenberg 1997).

Einer der Erklärungsversuche für dieses europaweite Phänomen geht davon aus, dass der »Autoritarismus der Unterschichten«, früher von sozialistischen und kommunistischen Parteien aufgefangen, durch den parteiinternen Paternalismus moderiert und mit egalitaristischen und solidarischen Werten verknüpft wurde. Heute jedoch sind gerade die Institutionen und Werte der Arbeiterklasse (wie z. B. die internationale Solidarität) durch die Individualisierung und die soziale Fragmentierung der Gesellschaft einem besonders starken Erosionsprozess unterworfen. Sozialwissenschaftler sprechen deshalb auch von einem »Extremismus der Mitte«, wenn bislang gemäßigte Wählergruppen »ausbrechen« und ihre Stimmen jenen Protestparteien geben, die auf die Komplexität der Probleme mit einfachen Schuldzuweisungen reagieren.

Es ist der Neoliberalismus mit seinem Bekenntnis zur ungehemmten »Freizügigkeit« der Arbeitskraft (und aller anderen Produktionsfaktoren), der einen noch nie da gewesenen Druck auf die sich ausformende Unterklasse ausübt [...] Es ist offensichtlich unbillig, von den ungebildeten, angsterfüllten, zutiefst gekränkten Mitgliedern der Unterklasse jene Toleranz und Weltoffenheit einzufordern, auf die sich die Eliten so viel zugute halten (Zilian 2002: 70).

Während die Globalisierung den Nationalstaat und seine politischen Akteure zusehends und für alle erkennbar entmachtete und die Parteien- und Politikverdrossenheit zunahm, flüchteten sich viele Menschen, die sich von diesen Entwicklungen überfordert fühlten, in antiliberalen Ressentiments und nationalistische »Wir-Gefühle« (Decker 2004: 206f). Gleichzeitig blieben die neuen populistischen Herausforderer, die sich selbst als die wahren Hüter der Interessen des Volkes stilisierten, vom politischen Establishment ausgeschlossen und konnten sich somit auch selbst als »Opfer« darstellen.

Konkordanz und Protest

Rechtspopulistische Parteien sind v. a. auch Protestparteien, was sich besonders deutlich daran zeigt, dass sie bei als »weniger wichtigen« wahrgenommenen Wahlen (wie z. B. bei den Wahlen zum EU-Parlament) besonders große Erfolge erzielen können, da diese Wahlgänge eine niederschwellige Form und Möglichkeit darstellen, Protest und Unzufriedenheit zu artikulieren. Doch wogegen

richtet sich dieser Protest, der mittlerweile auch bei nationalen und regionalen Wahlgängen immer stärker spürbar wird und die traditionellen Lagerparteien langsam, aber sicher erodieren lässt?

Zunächst einmal zeigt sich, dass rechtspopulistische Herausforderer überall dort besonders erfolgreich sind, wo seit langem Systeme von Konkordanzdemokratien (mit großen Koalitionen und starken inhaltlichen Annäherungen der traditionellen Volksparteien bis hin zu Allparteien-Koalitionen und ausgeprägten korporatistischen Elementen) vorherrschen, also in Österreich (»ewige Große Koalition«), der Schweiz (»Zauberformel«), Belgien (»Säulenmodell«), Frankreich (»Cohabitation«), Italien (jahrzehntelange Vorherrschaft der korrupten *Democrazia Cristiana* und ihrer Verbündeten) oder den Niederlanden (»Poldermodell«). Gerade diese bis zur Erstarrung stabilen Konkordanzsysteme trugen den gesellschaftspolitischen Veränderungen – wie z. B. der durch die fortschreitende Individualisierung und den ökonomischen Wandel bedingten Auflösung der traditionellen Lebensformen und Bindungen, auf denen das Funktionieren der Industriegesellschaft beruhte (Familie, Klasse, Milieu, Geschlechterrolle, Nation, Religion) – zu wenig Rechnung.

Nationale Unterschiede

Aufgrund der Erfolge rechtspopulistischer, z. T. auch rechtsextremistischer Parteien bildet der Rechtsextremismus in Westeuropa heute keine Randerscheinung mehr (Stöss 2006: 521). Allerdings *sorgen unterschiedliche institutionelle und situative Bedingungen in den einzelnen Ländern dafür, dass deren Erfolgsbilanzen zum Teil erheblich auseinander klaffen* (Decker 2004: 249). Albert Scharenberg meint dazu: *Entscheidend für die jeweilig konkrete Gestalt der Rechtsparteien sind dabei die nationalen und ideologischen Traditionen sowie die politischen Gelegenheitsstrukturen* (Scharenberg 2006: 104). Lässt sich daraus schließen, dass Rechtspopulismus und Rechtsextremismus viel eher nationale als europäische Phänomene sind, und dass sie ihre Mobilisierungskraft v. a. aus regionalen und nationalen Situationen schöpfen, die zeit- und kontextgebunden sind?

Die ganz unterschiedlichen Erfolgsbilanzen rechtspopulistischer Parteien in Europa zeigen, dass das nationale politische Umfeld und die spezifischen Ausgangskonstel-

lationen in den verschiedenen Ländern tatsächlich von größter Bedeutung sind; gleichzeitig lässt sich ein paralleles Erstarken dieser Bewegungen konstatieren, das wohl auf ganz ähnliche soziokulturelle, politische und ökonomische Transformationsprozesse zurückzuführen ist (Frölich-Steffen/Rensmann 2005: 11ff). Sieht man von einigen Ländern an der Peripherie Europas ab (Großbritannien, Irland, Spanien), so sind Rechtspopulisten heute nahezu flächendeckend präsent und auf regionaler, vielfach auch auf nationaler Ebene prominent vertreten.

Ein Länderüberblick zeigt, dass rechtsextreme Parteien in Belgien, Dänemark, Frankreich, Italien, Norwegen, Österreich und der Schweiz zu häufigen Erfolgen kommen, in Deutschland, Griechenland, den Niederlanden und Schweden zu gelegentlichen Erfolgen, wogegen zählbare Erfolge in Finnland, Großbritannien, Irland, Luxemburg, Spanien und Portugal bis dato ausgeblieben sind.

In Großbritannien etwa existiert eine kleine, aber überaus militante rechtsradikale Szene. Allerdings konnten – einerseits wegen der offensichtlichen Indifferenz der Briten gegenüber extremistischer Politik (Griffin 2002), aber auch wegen des britischen Mehrheitswahlrechts – weder die *British National Front* noch die *British National Party* nennenswerte Erfolge bei Wahlen erzielen. Die Tatsache, dass es neben diesen neonazistischen Splittergruppen kein britisches Pendant zur FPÖ, zum *Front National* oder auch nur zu den deutschen *Republikanern* gibt, erklärt sich auch daraus, dass gewisse nationalistische und xenophobe Haltungen (v. a. auch die EU-Skepsis) ohnedies von manchen konservativen Politikern abgedeckt werden. Für Roger Griffin, der konzidiert, dass es in Großbritannien natürlich Rassismus gebe, dieser aber oft nicht als solcher erkannt werde, weil der maskierte britische Chauvinismus *genau durch die Mitte der Gesellschaft* verlaufe, ist klar, dass *das wichtigste parteipolitische Ventil für populistischen Rassismus (...) die Konservative Partei* ist. Er spricht deshalb von *zentristischem Populismus* oder auch *Extremismus der Mitte* und verweist darauf, dass der Labourpremier *Tony Blair* das Land noch einwanderungsunfreundlicher gemacht habe als seine konservativen Vorgänger. Großbritannien beweise jedenfalls, dass es keines *Haider*, *Le Pen* oder *Bossi* bedürfe, um ein Klima zu erzeugen, in dem populistischer Rassismus gedeihen könne (ibid).

Ähnliches ließe sich auch über die spanische »Volkspartei« (*Partido Popular*) sagen, die in einem Land mit langer

faschistischer Tradition, das für rechte Wahlerfolge durchaus prädestiniert schiene, offensichtlich ein ausreichendes Ventil darstellt und eine dezidiert rechtspopulistische Partei überflüssig macht.

Und Deutschland? In Deutschland stellt der rechte Populismus ein relativ spätes Phänomen dar, das zudem auf sporadische (und oft einmalige) Erfolge bei Kommunal- und Länderwahlen beschränkt blieb. Die größte Sensation lieferte hier die »Schill-Partei«, die im September 2001 bei der Hamburger Bürgerschaftswahl aus dem Stand heraus 19,4 Prozent erreichte und in der Folge innerhalb kürzester Zeit in der »Bürgerblock«-Koalition mit CDU und FDP (und *Ronald Schill* als Innensenator) dramatisch scheiterte. Den einzigen Erfolg auf Bundesebene erreichten die *Republikaner* 1989 bei den Europawahlen (7,1 Prozent). Ist Deutschland gegen Rechtspopulismus immun?

Besonders im Osten, wo durch das Tempo des Systemwechsels ganze Bevölkerungsschichten in einen Zustand der Anomie gefallen sind, müsste das Potential für rechtspopulistische Bewegungen eigentlich besonders groß sein (Decker/Hartleb 2006). Dem stehen jedoch einige Hindernisse entgegen. Erstens agiert der rechte Populismus in Deutschland in einem schwerstens belasteten Umfeld. Rechtspopulismus wird in Deutschland sofort in die Nähe des Nationalsozialismus gerückt, weshalb selbst die meisten Boulevardmedien große Berührungsängste entwickeln. Außerdem ist die rechte Opposition stark zersplittert und mangelt an einer charismatischen Führerfigur, die – ähnlich wie früher *Jörg Haider* in Österreich – zur Enttabuisierung gewisser – z. B. fremdenfeindlicher – Positionen beitragen könnte. Darüber hinaus bieten im stark föderalistischen deutschen System die »unwichtigeren« Landtagswahlen ein geeignetes Ventil, damit die Wähler ihrem Unmut Luft machen können. Nicht zufällig hatten populistische ad-hoc- und Protestparteien, aber selbst die rechtsextremistischen DVU und NPD v. a. auf Länderebene, etwa in Sachsen, in Sachsen-Anhalt oder in Stadtstaaten wie Hamburg und Bremen überraschende Erfolge. Allerdings fällt, wie auch das Beispiel *Schill* gezeigt hat, den meist dezentral entstandenen Bewegungen der Aufbau einer nationalen Organisation schwer, und die nationale Fünfprozentklausel stellt eine erhebliche und nur schwer überwindbare Hürde dar. Außerdem steht im deutschen Osten mit der *Linken* eine genuin ostdeutsche linkspopulistische Protestalternative bereit.

Einer der paradox scheinenden Gründe, warum – bei etwa gleich starker Zuwanderung – die Verhältnisse in Deutschland wesentlich weniger konfliktrichtig scheinen als z. B. in Frankreich, liegt vielleicht auch darin, dass in Frankreich mit seinem republikanischen Staatsbürgerschaftsverständnis der Druck auf die Migranten, sich der Mehrheitsgesellschaft auch in kultureller Hinsicht anzugleichen, wesentlich größer ist, als in der stärker segregierenden Bundesrepublik (Decker 2004: 224).

Last but not least ist Populismus in Deutschland – ähnlich wie in Großbritannien – durch die *Bild*-Zeitung und manche Politiker der etablierten Parteien durchaus Mainstream. Die von den Rechtspopulisten so gerne thematisierten Probleme (Parteiherrschaft, Wohlfahrtsstaat, Migration, Sicherheit) scheinen bei den etablierten Parteien (noch) gut aufgehoben.

Sonderfall Osteuropa?

Der osteuropäische Populismus stellt ein eigenständiges Phänomen dar. Durch die insgesamt geringere Industrialisierung wurde in Osteuropa bereits in der Zwischenkriegszeit ein starker agrarischer Populismus begünstigt. Und während der kommunistischen Herrschaft wurden bereits vorhandene autoritäre, staatszentralistische und nationalistische Tendenzen noch verstärkt. Einwanderung gab es – im Gegensatz zu Westeuropa seit den 1960er Jahren – so gut wie keine.

Nach der Wende entstanden zahlreiche Rand- und Kleingruppen oftmals dubioser Ausrichtung, wobei der Nationalismus vielfach die verbindende ideologische Kraft darstellte, die das Vakuum der untergegangenen kommunistischen Ideologie auszufüllen half (Beyme 1996).

In der Slowakei etwa regierte der Populist *Vladimir Mečiar* jahrelang mit europa- und ungarnefeindlichen Slogans und machte nebenbei die rechtsextreme SNS als Koalitionspartner hoffähig. Auch die »Nationale Bewegung Simeon II« des bulgarischen Thronfolgers *Simeon Sakskoburggotski*, der von 2001 bis 2005 regierte, verkörperte eine Mischung aus historischer Nostalgie, nationalen Ressentiments und Populismus. In Tschechien zogen die rechtsextremen »Republikaner« (SPR-RSC) von *Miroslav Sladek* 1992 mit sechs Prozent und 14 Mandaten ins Parlament ein und erreichten 1996 sogar acht Prozent. In Polen, wo Rechtsextreme nach 1989 zunächst

keine Rolle spielten, war der 1991 gegründete Radiosender Radio Maryja von großer Bedeutung für die euroskeptischen Mobilisierungen. Sein Gründer *Tadeusz Rydzyk* ist heute ein Hauptvertreter des (rechten) polnischen Populismus, bei dem neben dem Nationalismus v. a. der ultrakatholische Extremismus eine wichtige Rolle spielt. Zwischen gemäßigter und extremer Rechter, zwischen der manchmal als linkspopulistisch bezeichneten *Samoobrona* und der katholisch-nationalistischen »Liga polnischer Familien« gibt es – neben persönlichen und ideologischen Rivalitäten – zahlreiche Gemeinsamkeiten und persönliche Verflechtungen.

Die Grenzen zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus sind – nicht nur in Polen – fließend. In Ungarn z. B. zeigen sich die Übergänge von der »bürgerlichen« Rechten zum rechten Extremismus in der neofaschistischen, großungarischen, antisemitischen und antiziganischen *Jobbik*. Und in Rumänien und Bulgarien befinden sich die Rechtspopulisten schon seit einigen Jahren im Aufwind. Einzig in den baltischen Ländern gibt es bis heute keine relevanten rechtsextremen oder rechtspopulistischen Akteure und Parteien.

Noch stärker als im Westen ist das Rechts-Links-Schema für die osteuropäische Politik nur bedingt anwendbar. Einerseits kam es nach der Wende häufig zu Kooperationen zwischen Postkommunisten und Ultrationalisten, andererseits begünstigte die Vagheit des neuen Parteiensystems den Aufstieg populistischer Politiker. Der neue osteuropäische Populismus, der im Zuge der dramatischen sozio-ökonomischen Transformationsprozesse entstand, verbindet paradoxerweise nationalistische und rechtsautoritär-antielitäre Einstellungen mit einer »links« orientierten Wirtschafts- und Sozialpolitik, die nicht selten mit einer Nostalgie der kommunistischen Sozialordnung verbunden ist. Er drückt eine grundsätzliche Enttäuschung über die unerfüllten Versprechen des demokratischen Systems und ein Misstrauen gegen die neue Elite aus, die sich – insbesondere im Bereich der Wirtschaft – vielfach aus Vertretern der alten kommunistischen Nomenklatura zusammensetzt. Im Gegensatz zu vielen ihrer westlichen »Kollegen« sind die osteuropäischen Populisten nicht staatsfeindlich, sondern setzen im Gegenteil auf den Staat als soziale Verteilungsagentur und »Firewall« gegen den »wirtschaftlichen Ausverkauf« des Landes. Euroskepsis und Europafeindschaft bilden – ähnlich wie im Westen – ein wichtiges Motiv des rechten Populismus in Osteuropa, von dem vielfach auch die Re-

gierungsparteien betroffen sind (Kostrzebski 2005). Sehr deutlich zeigte sich dies in der extrem niedrigen Wahlbeteiligung bei den EU-Wahlen des Jahres 2004 (26 Prozent gegenüber 47 Prozent im Westen; Slowakei 17 Prozent, Polen 21 Prozent, Tschechien und Slowenien 28 Prozent) – ein negativer Trend, der sich 2009 in den meisten osteuropäischen Staaten fortsetzte.

Natürlich gibt es auch noch andere Gemeinsamkeiten zwischen west- und osteuropäischem Rechtspopulismus. Alle osteuropäischen populistischen Parteien sind »Männerparteien« mit charismatischen Führern und ausgesprochen konservativ bis reaktionär in ihrem Frauen- und Familienbild. Gerne polemisieren sie gegen das politische Establishment und die »Fremden«, die hier allerdings nicht als Migranten, sondern vorwiegend als autochthone ethnische Minderheiten auftreten und beim Aufbau von Feindbildern eine wichtige Rolle spielen (Bachmann 2006). Anders als in Westeuropa herrscht in weiten Teilen Osteuropas immer noch ein ethnischer Flickenteppich, und in vielen Fällen heizen nationale Traumata den Nationalismus in den »Heimatländern« noch weiter an, wie z. B. bei den Ungarn in der Slowakei und in Rumänien oder bei den Russen im Baltikum. Der osteuropäische Nationalismus ist tatsächlich noch ein »völkischer«, während er in Westeuropa, wo es v. a. die »abendländische Kultur« zu verteidigen gilt, schon weitgehend »europäisiert« wurde.

Der osteuropäische Populismus steht heute im Zentrum und nicht an der Peripherie des Parteiensystems. Seine elektorale Basis findet er bei den »Verlierern der zweiten Modernisierung«, die sowohl Vertreter der alten Nomenklatura, große Teile der Arbeiterschaft, Teile der neuen Kleinunternehmer, aber auch viele Frauen und mittlere Angestellte umfasst. Und: In Osteuropa ist das Bedrohungspotential keineswegs nur »gefühlte«, sondern sehr real (von Beyme 1996). Dies und die antipolitische und antilibérale Grundstimmung sowie der Mangel an Übung in Demokratie bieten dem osteuropäischen Nationalpopulismus beste Entwicklungsmöglichkeiten.

Vom Scheitern der Rechtspopulisten

Rechtspopulistische Parteien sind ihrem Wesen nach negatorisch und oppositionell. Fundamentalopposition, Selbstisolation und Ausgrenzung bilden eine gute Basis für ihre langfristige gesicherte Existenz. *Der wirksamste*

Mechanismus, eine populistische Partei und vor allem deren Führungsfigur zu entzaubern, besteht darin, sie in die Pflicht zu nehmen (Decker/Hartleb 2005: 117). Denn, was den Rechtspopulisten im politischen Alltag ihres permanenten Wahlkampfes nützt, ist gleichzeitig ihre größte Schwäche. Ihre auf wenige »charismatische« Persönlichkeiten zugeschnittene Struktur und ihr Bewegungskarakter erweisen sich rasch als überaus anfällig und fragil. Wie leicht kann dann das persönliche Charisma des autoritären Führers verblasen, und auch die agitatorischen Stilmittel lassen sich nicht beliebig steigern (Decker 2006: 18).

Da die Populisten dazu neigen, ständig völlig überzogene und unrealistische Versprechungen abzugeben und scheinbar einfache, radikale Lösungen zu propagieren, trifft sie – einmal an der Regierung beteiligt – das Missverhältnis von Anspruch und Wirklichkeit des Regierens umso härter. Durch ihre Einbindung in das System bekommen die Populisten rasch ein massives Glaubwürdigkeitsproblem. Gerade in der Regierungsarbeit erweisen sich ihre mangelhaften Organisationsstrukturen und ihr wenig rationales Agenda-Setting als großer Nachteil. Auf Regierungsebene angelangt, müssen die bisherigen »Anti-System-Parteien« sich plötzlich ganz neu positionieren, weil sie über Nacht selbst ein Teil von denen »da oben« geworden sind. Da, wo die Populisten in die Verantwortung genommen werden, müssen sie sich nolens volens bis zu einem gewissen Grad den Spielregeln der parlamentarischen Demokratie unterwerfen, müssen auch unpopuläre Maßnahmen mitverantworten und werden dadurch ihres plebiszitären Appeals beraubt. Meist geraten die rechtspopulistischen Führerparteien auch in schwere personalpolitische Turbulenzen, agieren in der Folge dilettantisch und chaotisch. Beides führt erfahrungsgemäß bald zu Konflikten mit den – in der Regel konservativen – Koalitionspartnern, aber auch zu internen Richtungskämpfen und trägt zur raschen Entzauberung der Populisten bei (Pallaver/Gärtner 2006: 115ff). *Demzufolge sind die Chancen auf eine Regierungsbeteiligung jener Parteien über eine Legislaturperiode hinaus zunächst im Durchschnitt eher als gering einzuschätzen* (Frölich-Steffen/Rensmann 2005: 28).

Die Frage, ob rechtspopulistische Parteien an der Regierung zum Scheitern verurteilt sind, kann nach den vielfältigen Erfahrungen der letzten Jahre tendenziell mit Ja beantwortet werden. Allerdings – auch wenn die meisten Rechtspopulisten scheitern und die Früchte ihrer Arbeit

andere ernten: Die Regierungsbeteiligung einer rechtspopulistischen Partei führt regelmäßig und unweigerlich zu einer Rechtsverschiebung des politischen Spektrums sowohl beim Agenda-Setting als auch beim eigentlichen Policy-Making (Decker/Hartleb 2005: 116) und beeinflusst in gefährlichem Maße die demokratische Kultur des »Mainstreams« (siehe unten). Das heißt, der einmal angerichtete Schaden ist nicht so einfach reparabel.

Erfolgreich können die rechten Populisten auf Dauer nur dann sein, wenn es ihnen gelingt, Regierung *und* Opposition gleichzeitig zu sein, »Bewegung« zu bleiben und politische Partei zu werden. Stark föderale Systeme, wie das Schweizer, aber auch das österreichische, ermöglichen es den Populisten, die Taktik unterschiedlicher Politiken auf den verschiedenen politischen Ebenen zu benutzen. Beim Lavieren zwischen Regierungs- und Oppositionspolitik bleibt den Populisten oft nur die Verlagerung des politischen Kampfes auf »Nebenschauplätze«, z. B. auf solche der »Kultur« oder der »Werte«. In der Schweiz kommt noch hinzu, dass die stark entwickelten Instrumente der direkten Demokratie von den Rechtspopulisten dazu missbraucht werden, um außerparlamentarische Oppositionspolitik gegen die eigene mitverantwortete Politik auf Bundesebene zu betreiben.

Auch die Tatsache, dass in Skandinavien häufig Minderheitsregierungen um die Unterstützung kleinerer Parteien buhlen, lässt die dortigen Rechtspopulisten einerseits weiter in ihrer Oppositionsrolle, erlaubt es ihnen aber andererseits, sich als »gemäßigte« und »konstruktive« Kräfte zu etablieren. In Dänemark und Norwegen nehmen die Rechtspopulisten mittlerweile eine feste Position im Parteiensystem ein.

Populismus als Mainstream

Auch wenn die Rechtspopulisten durch Einbindung in Macht und Verantwortung regelmäßig und rasch entzaubert werden: was bleibt, ist das vergiftete gesellschaftliche Klima, sind die Tabubrüche, die von immer neuen Akteuren immer noch weiter ausgedehnt werden können (Rosenberger 2005: 46f). In einigen europäischen Staaten wurden die Rechtspopulisten darüber hinaus als Koalitionspartner von »gemäßigten Rechtsparteien« mittlerweile soweit »salonfähig«, dass ihre politischen Inhalte und ihr »Stil« auch in den Mainstream Eingang gefunden haben (Decker 2004: 271ff). *Der wohl größte*

Erfolg der Rechtsextremisten und -populisten ist es, mit ihrer Agitation gegen Einwanderung wohlstandschauvinistischen und einwanderungs-feindlichen Positionen eine größere gesellschaftliche Legitimität verschafft zu haben und die nationalstaatlichen Regierungen in der Frage der Migrationspolitik, zugespitzt formuliert, »vor sich her zu treiben« (Scharenberg 2006: 105). Die politische Effektivität der Rechtspopulisten misst sich in erster Linie also nicht daran, was sie selbst tatsächlich umzusetzen imstande sind, sondern daran, wie weit sie den politischen Diskurs in gesellschaftspolitisch sensiblen Fragen mitbestimmen können. Ihr indirekter Einfluss und ihr Agenda-Setting bleiben ihre größten Erfolge.

Populistische Mobilisierungen bei etablierten konservativen, liberalen oder auch sozialdemokratischen Parteien gehören längst zur Tagesordnung – Cas Mudde spricht deshalb auch von *populistischem Zeitgeist* (Mudde 2004). Populismus wird dadurch zum Alltagsphänomen und zum politischen Systemmerkmal – und rechtspopulistische Deutungen reichen mittlerweile bis weit ins Spektrum der etablierten Parteien und Verbände hinein (Jaschke 2001: 37). Es lohnt sich einfach, *Populismus zu »machen«* (Decker 2004: 277).

Es ist deshalb auch kein Wunder, dass der Einfluss der Rechtspopulisten im Bereich der »kulturellen Themen« wirksamer und sichtbarer ist als in der Sozial- und Wirtschaftspolitik, weil es hier noch relativ große Handlungsspielräume gibt – die in der Sozial- und Wirtschaftspolitik fehlen – und sich diese Art von Symbolpolitik leicht zur Profilierung eignet. Darüber hinaus sind Wertfragen *im Unterschied zu Verteilungsfragen kaum kompromissfähig, vertragen sich also schlecht mit dem auf Ausgleich angelegten demokratischen Prinzip* (Decker 2004: 247). Damit gelang es den rechten Populisten, die Politik (z. B. in der Zuwanderungsfrage) selbst dort mitzubestimmen, wo die etablierten Parteien sich einig waren, sie von der Macht fernzuhalten, wie etwa in Belgien oder in Österreich bis zum Jahr 2000.

Die entscheidende Frage ist, inwieweit rechtspopulistische Parteien – besonders solche, die an einer Regierung beteiligt sind –, die von ihnen als »abgehoben« und »volksfern« kritisierte repräsentative Demokratie zugunsten von mehr »direkter Demokratie« umzubauen imstande sind, und inwieweit ein solcher Umbau autoritäre Elemente enthält, die eine Gefahr für die liberale Demokratie darstellen könnten.

Die neuen Parteien sind sozusagen die Trendsetter einer »plebisitären Transformation« des politischen Prozesses. Die etablierten Parteien stehen nun vor der Wahl, auf die inhaltlichen Unterschiede in den Programmen zu verweisen (und damit die Wähler zu langweilen bzw. zu überfordern) oder eine weitere gezielte Depolitisierung der Wählerschaft herbeizuführen und auf symbolische Politik auszuweichen. Es steht zu befürchten, dass sie im Kontext der modernen Mediengesellschaft den zweiten Weg einschlagen werden (Decker 2006: 24ff).

Kein Anlass zu übertriebenem Optimismus

Während frühere Populismen räumlich und zeitlich eingrenzt waren, hat die Bewegung im Zeichen der Globalisierung eine »neue Qualität« erhalten – auch in Hinblick auf die künftige Entwicklung der Demokratie. Ist der Erfolg der Rechtspopulisten also tatsächlich eine der *Schattenseiten der Globalisierung*⁴, eine »normale Begleiterscheinung« auch des europäischen Einigungsprozesses, in dessen Folge die Undurchschaubarkeit des Regierens und die Entfremdung der Bürger von der politischen Klasse noch einmal verschärft wurde, da politische Verantwortlichkeiten nicht mehr klar lokalisierbar sind? Ist der Rechtspopulismus der säkulare und dadurch schaumgebremste Fundamentalismus unserer Kultur – und damit unsere Antwort auf Globalisierung und Neoliberalismus?

Wenn die großen Parteien nur noch ihre Klientel versorgen und wegen ihrer Verflechtung mit dem Staatsapparat jegliche grundlegenden Reformen der Institutionen verhindern und das System der politischen Vertretung blockieren, braucht man sich nicht zu wundern, wenn der einzige Ausdruck des Widerspruchs von den Gegnern der verfassungsmäßigen Ordnung kommt, meint Jean-Yves Camus mit leichter Resignation – und: Diese Situation verweist zuvörderst die Linke auf ihre Unzulänglichkeiten und ihr Versagen und die konservative Rechte auf ihre Verblendung und Feigheit (Camus 2004: 54f).

Der scheinbar unaufhaltsame Aufstieg der Rechtspopulisten wurde schon oft von der besorgten Frage begleitet, ob sie eine ernsthafte Bedrohung für die liberale repräsentative Demokratie darstellen, da sie deren Funktionsmechanismen in Frage stellten, oder ob sie als hässliches,

aber notwendiges Korrektiv nicht sogar zur Stabilisierung des demokratischen Systems beitragen (Mény/Surel 2002). Hans-Georg Betz stellte bereits 1994 klar, dass kein Grund zur Annahme bestehe, dass die radikalen Rechtspopulisten in absehbarer Zukunft von der politischen Bühne verschwinden würden (Betz 1994: 189). Denn das Potential für rechten Radikalismus existiere in allen Industriegesellschaften und sollte, nach Scheuch und Klingemann, als *eine normale Pathologie* moderner Industriegesellschaften angesehen werden (Scheuch/Klingemann 1967). Außerdem stelle der Rechtspopulismus derzeit die hauptsächliche Protestform in unseren Konsensgesellschaften dar.

Grundsätzlich, so Frank Decker, brauchen Demokratien – und *wo Demokratie ist, ist immer auch Populismus* – den Populismus nicht fürchten. Denn indem der Populismus dem Protest eine Stimme leiht, sorgt er gleichzeitig auch dafür, dass dieser Protest innerhalb des Systems bleibt, und zwingt die etablierten Kräfte, sich jener Probleme anzunehmen, die offensichtlich lange Zeit vernachlässigt wurden. Allerdings höhle die »plebisitäre Transformation« des Systems der parlamentarischen Demokratie dieses mit der Zeit aus und klassische Vermittlungsinstitutionen, wie politische Parteien und Parlamente, drohten dadurch immer mehr an Bedeutung zu verlieren. Und von der populistischen Demokratie zum quasi-demokratischen Autoritarismus sei es nur noch ein kleiner Schritt (Decker 2004: 271ff).

Tatsächlich besteht die Gefahr, dass der rechte Populismus zum einzigen Gegengewicht gegen *den produktivistischen Veitstanz der globalisierten und deregulierten Wirtschaft* wird (Zilian 2002: 7). *Die populistischen Herausforderer können Legitimitäts- und Repräsentationskrisen des herrschenden Systems bloßlegen und dessen Wandel über die Veränderung des Parteiengefüges anstoßen bzw. begleiten. Sie sind dabei weniger Auslöser als Nutznießer der Krisen* (Frölich-Steffen 2006: 161).

Auch wenn die Rechtspopulisten im Regieren weitgehend erfolglos bleiben, stellen sie als Agenda-Setter (im identitätspolitischen Bereich) und Antreiber durchaus eine Bedrohung für die liberalen Demokratien dar. Selbst nach dem Niedergang solcher Parteien, *die populistische und demokratie-entleerende Politikmodi programmatisch auf die politische Bühne, in die Parlamente und schließlich in die Regierung getragen haben* (Rosenberger 2005: 47), liegt ihr Schatten weiterhin schwer auf den liberalen und

4. Wilhelm Heitmeyer, zit. nach Spier 2006: 48.



pluralistischen Demokratien, wie sie sich seit den 1970er Jahren in Europa entwickeln konnten.

Der – wenn auch nur vorübergehende – Erfolg von rechtspopulistischen Bewegungen bedeutet einen Bruch, weil sie einige der zentralen Werte ablehnen, die das Fundament der repräsentativen Demokratie ausmachen, nämlich Pluralismus und Universalismus, den Vorrang der Rechte des Individuums, die Gleichheit der Menschen als Grundlage des Rechtsstaates und die Delegation der Volkssouveränität durch das Mittel des allgemeinen Wahlrechts.

Welche Strategien sollen die etablierten Parteien in Zukunft anwenden? Was ist von der strikten Abgrenzung und Verweigerung der Zusammenarbeit (*cordon sanitaire*) bei gleichzeitiger Annäherung an die Substanz der Forderungen zu halten? Und wie nachhaltig wirkt die Entzauberung der Populisten durch Beteiligung? Antworten auf diese Fragen stehen noch aus, auch wenn sich bereits jetzt zeigt, dass beide Vorgangsweisen die Politik grundlegend verändert haben.



- Bachmann, Klaus** (2006): Populistische Parteien und Bewegungen in Mittelosteuropa. In: Frank Decker, *Populismus*: 216–232.
- Backes, Uwe** (1991): Nationalpopulistische Protestparteien in Europa. Vergleichende Betrachtungen zur phänomenologischen und demokratietheoretischen Einordnung. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 1: 7–17.
- Betz, Hans-Georg** (1994): Radical Right-Wing Populism in Western Europe, London.
– (1996): Radikaler Rechtspopulismus in Westeuropa. In: Jürgen W. Falter et al. (Hrsg.), *Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, Politische Vierteljahresschrift (PVS)*, Sonderheft 27: 363–375.
- Beyme, Klaus von** (1996): Rechtsextremismus in Osteuropa. In: Jürgen W. Falter et al. (Hrsg.), *Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, Politische Vierteljahresschrift (PVS)*, Sonderheft 27: 423–442.
- Camus, Jean-Yves** (2002): Die radikale Rechte in Westeuropa. Vom nostalgischen Aktionismus zum fremdenfeindlichen Populismus. In: Wolfgang Eismann, (Hrsg.), *Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Normalität?*: 40–55.
- Decker, Frank** (2004): *Der neue Rechtspopulismus*, Opladen.
– (2006a): Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven. In: Frank Decker, *Populismus*: 9–32.
– (2006b) mit Hartleb, Florian: Populismus auf schwierigem Terrain. Die rechten und linken Herausfordererparteien in der Bundesrepublik. In: Frank Decker, *Populismus*: 191–215.
- Falkenberg, Susanne** (1997): *Populismus und Populistischer Moment im Vergleich zwischen Frankreich, Italien und Österreich*. Elektronische Dissertationen der Universitätsbibliothek Duisburg. <http://www.ub.uni-duisburg.de/diss/diss9705/inhalt.htm> (aufgerufen am 1.6.2010).
- Fieschi, Catherine; Heywood, Paul** (2004): Trust, Cynicism and Populist Anti-politics. In: *Journal of Political Ideologies* 9 (3), 289–309.
- Frölich-Steffen, Susanne; Rensmann, Lars** (2005): Populistische Regierungsparteien in Ost und Westeuropa: Vergleichende Perspektiven der Politikwissenschaftlichen Forschung. In: Susanne Frölich-Steffen et al. (Hrsg.), *Populisten an der Macht*: 3–34.
– (2006): Rechtspopulistische Herausforderer in Konkordanzdemokratien. Erfahrungen aus Österreich, der Schweiz und den Niederlanden. In: Frank Decker, *Populismus*: 144–164.
- Griffin, Roger** (2002): »No Racism, Thanks, we're British«. Manifestationen von Rechtspopulismus im zeitgenössischen Großbritannien. In: Wolfgang Eismann (Hrsg.), *Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Normalität?*: 90–111.
- Hartleb, Florian** (2005): *Rechtspopulistische Parteien*. Konrad-Adenauer-Stiftung, Arbeitspapier/Dokumentation Nr. 143, Sankt Augustin. <http://www.extremismus.com/texte/repop2.pdf> (aufgerufen am 1.6.2010)
- Jaschke, Hans-Gerd** (2001): *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe – Positionen – Praxisfelder*, Wiesbaden.
- Jungwirth, Michael** (2002): Rebellen und Rattenfänger. In: Jungwirth, Michael (Hrsg.), *Haider, Le Pen & Co.*: 7–23.
- Kostrzebski, Karol** (2005): Die Mobilisierung von Euroskepsis: Basis des Populismus in Ostmitteleuropa am Beispiel Polens. In: Susanne Frölich-Steffen et al. (Hrsg.), *Populisten an der Macht*: 209–225.
- Mény, Yves; Surel, Yves** (Hrsg.) (2002): *Populism in Western Democracy*, Oxford.
- Meyer, Thomas** (2006): Populismus und Medien. In: Frank Decker, *Populismus*: 81–96.
- Mudde, Cas** (2004): The Populist Zeitgeist. In: *Government and Opposition* 39 (4): 541–563.
<http://www.blackwell-synergy.com/doi/pdf/10.1111/j.1477-7053.2004.00135.x?cookieSet=1> (aufgerufen am 1.6.2010)
- Nauenburg, Ricarda** (2005): *Globalisierung und rechtspopulistische Wahlerfolge*, WZB.
<http://skylia.wzb.eu/pdf/2005/i05-201.pdf> (aufgerufen am 1.6.2010)
- Pallaver, Günther; Gärtner, Reinhold** (2006): Populistische Parteien an der Regierung – zum Scheitern verdammt? Italien und Österreich im Vergleich. In: Frank Decker, *Populismus*: 99–120.
- Pelinka, Anton** (2002): Die FPÖ im internationalen Vergleich. Zwischen Rechtspopulismus, Deutschnationalismus und Österreich-Patriotismus. In: *conflict & communication online*, Vol. 1, No. 1. <http://www.cco.regener-online.de/> (aufgerufen am 1.6.2010)
- Pelinka, Anton** (2005): Die FPÖ: Eine rechtspopulistische Regierungspartei zwischen Adaption und Opposition In: Susanne Frölich-Steffen et al. (Hrsg.), *Populisten an der Macht*: 87–104.
- Reinfeldt, Sebastian** (2000): *Nicht-wir und Die-da. Studien zum rechten Populismus*, Wien.
- Reisigl, Martin** (2005): Oppositioneller und regierender Rechtspopulismus: Rhethorische Strategien und diskursive Dynamiken in der Demokratie In: Susanne Frölich-Steffen et al. (Hrsg.), *Populisten an der Macht*: 51–86.
- Rensmann, Lars** (2006): Populismus und Ideologie In: Frank Decker, *Populismus*: 59–80.
- Rosenberger, Sieglinde Katharina** (2005): Rechtspopulismus: Kurzfristige Mobilisierung der vox populi oder anhaltende Herausforderung der repräsentativen Demokratie? In: Susanne Frölich-Steffen et al. (Hrsg.), *Populisten an der Macht*: 35–49.
- Scharenberg, Albert** (2006): Brücke zum Mainstream – Mainstream als Brücke. Europäische Rechtsparteien und ihre Politik gegen Einwanderung. In: Thomas Greven et al. (Hrsg.), *Globalisierter Rechtsextremismus?*: 70–111.
- Scheuch, Erwin K./Klingemann, Hans Dieter** (1967): Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften. In: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialpolitik* 12: 11–29.
- Spier, Tim** (2006): Populismus und Modernisierung. In: Frank Decker, *Populismus*: 33–58.
- Stöss, Richard** (2006): Rechtsextreme Parteien in Westeuropa. In: Oskar Niedermayer et al. (Hrsg.), *Die Parteiensysteme Westeuropas*: 521–563.
- Zilian, Hans Georg** (2002): Der »Populismus« und das Ende der Gleichheit. In: Wolfgang Eismann (Hrsg.), *Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Normalität?*: 56–73.



Über den Autor

Werner T. Bauer arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter für die Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung in Wien. Werner T. Bauer ist Kurator der Dauerausstellung »Das Rote Wien« und Redakteur des gleichnamigen Internetlexikons. Außerdem ist er Autor mehrerer Dokumentarfilme sowie zahlreicher wissenschaftlicher Artikel und Sachbücher.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Politikanalyse | Abteilung Internationaler Dialog
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Gero Maaß, Leiter Internationale Politikanalyse

Tel.: ++49-30-269-35-7745 | Fax: ++49-30-269-35-9248
www.fes.de/ipa

Bestellungen/Kontakt hier:
info.ipa@fes.de

Diese Publikation ist im Rahmen des Projektes **»Internationaler Monitor Soziale Demokratie«** des Referates Internationale Politikanalyse (<http://www.fes.de/ipa>) in Zusammenarbeit mit dem zentralen Projekt **»Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus«** des Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung entstanden.

Die **Internationale Politikanalyse (IPA)** ist Teil der internationalen Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung. In unseren Publikationen und Studien bearbeiten wir Schlüsselthemen der europäischen und internationalen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Unser Ziel ist die Entwicklung von politischen Handlungsempfehlungen und Szenarien aus der Perspektive der sozialen Demokratie. Zu diesem Zweck leisten wir politische Beratung und organisieren Dialoge zwischen politischen Entscheidungsträgern, zivilgesellschaftlichen Akteuren und Experten. Auf diese Weise gestalten wir politische Diskurse im In- und Ausland mit und arbeiten dabei eng mit anderen FES-Referaten und Auslandsbüros zusammen.

Das Projekt **»Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus«** im Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung bietet kontinuierlich Veranstaltungen, Publikationen und Seminare zu aktuellen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und zu effektiven Gegenstrategien an. Die Beschäftigung mit der europäischen Dimension des Rechtsextremismus gehört zu den Arbeitsschwerpunkten des Projekts. Mehr Informationen zu der Arbeit der FES für Demokratie und gegen Rechtsextremismus finden Sie unter www.fes-gegen-rechtsextremismus.de.



Projekt »Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus« | Forum Berlin

Hiroshimastraße 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich: Nora Langenbacher

Tel.: ++49-30-269-35-7309 | Fax: ++49-30-269-35-9240
<http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de> | forum.rex@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.

ISBN 978-3-68672-366-3